NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 23.02.2024 | Robert Misik

Eingeschränkte Sicht

Die Nahost-Debatte verschwindet zunehmend hinter dem starren Korsett eigener Geschichtsschreibung und Selbstinszenierung.

Im Nahen Osten findet ein entsetzliches Blutbad statt, und zugleich verstrickt sich die Welt in ziemlich absurde Debatten. Man ist versucht, es in den Worten von Marx zu sagen: Hier die Tragödie, da die Farce. Die deutschsprachige Welt – aber vor allem Deutschland – nimmt eine entschieden pro-israelische Position ein, in anderen Gesellschaften ist wiederum eine ebenso fragwürdige anti-israelische Haltung dominant.

Die Hamas und andere islamistische Gruppierungen haben Anfang Oktober aus dem Gazastreifen heraus nicht bloß einen Überfall gestartet, sondern ein bestialisches Massaker angerichtet. Über 1 200 Menschen wurden getötet, davon ein Großteil Zivilisten, junge Menschen und auch viele Friedensaktivisten, da viele Bewohner der betroffenen Kibbuzim mehrheitlich zur israelischen Linken zählten. Es sind grauenhafte Kriegsverbrechen geschehen, die sich beim besten Willen nicht als Kollateralschäden von legitimem Widerstand rechtfertigen lassen. Und von der fanatischen Ideologie des radikalen Islamismus kann man auch nicht absehen, eine Ideologie, die Empathie ausschaltet und Bluttaten rechtfertigt.

Doch aufgrund der blutigen Geschichte eines mindestens 75-jährigen Konflikts, der jüngeren Besatzungspolitik und den verantwortungslosen Eskalationsstrategien von Benjamin Netanjahus rechtsradikaler Regierung hat der blutige Anschlag innerhalb der palästinensischen Bevölkerung viel Zustimmung erfahren. Die Fatah und die Palästinensische Autonomiebehörde sind seit Jahren geschwächt und ihre Unterstützung schwindet. Auf das Blutbad hat die israelische Regierung mit massiven Militäraktionen und Vergeltungsschlägen reagiert, was einerseits zu erwarten war, da keine Nation der Welt auf solch einen Anschlag nicht reagieren hätte können. Doch andererseits ist der Krieg sofort auf entsetzliche Weise eskaliert, was leider ebenso zu erwarten gewesen war. Mittlerweile sind über 25 000 Menschen in Gaza ums Leben gekommen. Ganze Familien sind bei den Bombardements ausgelöscht worden.

Ja, Israel hat das Recht, auf einen solchen Angriff zu reagieren, aber jedes Land hat dabei auch die Pflicht, verhältnismäßig vorzugehen. Was „verhältnismäßig“ ist – in Relation zu den Bedrohungen sowie in Bezug auf definierte, legitime Kriegsziele –, ist sicherlich eine komplizierte juristische Debatte. Aber es ist weitgehend unumstritten, dass die achselzuckende Hinnahme von zigtausenden zivilen Opfern auch im Kampf gegen eine Terrororganisation nicht zu rechtfertigen ist. Ebenso, dass die überschießende Gewalt, die Gaza buchstäblich dem Erdboden gleichmacht und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört, selbst ein Kriegsverbrechen darstellt. Ganz simpel formuliert: Auf ein bestialisches Kriegsverbrechen durch die Hamas reagiert Israel selbst mit Kriegsverbrechen, und die Sache wird noch verschlimmert durch den Umstand, dass führende Regierungsmitglieder Israels selbst eine fürchterliche Rhetorik anschlagen – von manichäischer Religionskriegs-Sprache bis hin zu üblen Fantasien von Massenvertreibungen.

Deutschland und Österreich haben eine entschieden pro-israelische Position eingenommen.

So wie die Geschichte des Konflikts beide Seiten seit Jahrzehnten mit Argumenten ausstattet, die jeweils andere Seite als Täter und die eigene Seite nur als Opfer zu betrachten, so war das auch in den letzten Monaten der Fall. Palästinensische Akteure sehen die Taten der Hamas als gerechtfertigte Antwort auf Unterdrückung, während israelische Akteure überschießende Militäraktionen als legitime Antwort auf blutigen Terror betrachten. Genau das ist aber das Problem. Wer hier ein manichäisches Schwarz-Weiß-Bild zeichnen mag, bleibt weit hinter den fürchterlichen Komplexitäten dieses Konflikts zurück. In der Westbank gibt es schreckliche Pogrome durch rechtsradikale Siedler und Armeeangehörige sowie die gewaltsame Vertreibung von Palästinensern. Auf der anderen Seite kommt es zu schrecklichen Terroraktionen von palästinensischen Milizen.

Doch die Welt sortiert sich zunehmend in Fankurven. In vielen Gesellschaften wird dabei auch die eigene Geschichte mitverhandelt, oder, um genauer zu sein: Die komplexe Realität wird in die scheinbaren Anforderungen der eigenen Geschichts- und Erinnerungspolitik hineingepresst, und wenn sie nicht passt, wird sie passend gemacht. Im Extremfall kann das einigermaßen bizarre Züge annehmen.

Deutschland und Österreich haben eine entschieden pro-israelische

Position eingenommen. Zunächst einmal lässt sich das aus der eigenen Geschichte heraus erklären, mit der fatalen Vergangenheit eines rassistischen Antisemitismus, der im NS-Regime und in der Shoah an den europäischen Juden eskalierte. Deshalb ist Deutschland seit Jahrzehnten ein Verbündeter von Israel: Angela Merkel erklärte die Unterstützung Israels zu einem wichtigen Element der deutschen „Staatsräson". Deshalb gibt es in Deutschland eine lobenswerte Aufmerksamkeit gegenüber Antisemitismus und der Bedrohung von Juden. Und deshalb wird die Identität von Israel als sichere „Heimstatt" aller Juden unterstützt. Die extreme Rechte sowohl in Deutschland als auch in Österreich wiederum unterstützt heute Israel, zum einen, weil Israels Gegner Muslime sind (die sie noch mehr hasst als die heutigen Juden), und zum anderen, weil dies der beste Weg ist, um sich gegen den Vorwurf zu immunisieren, „Nazi" zu sein.

Hinzu kommt aber auch: Die israelische Rechte – allen voran Benjamin Netanjahu und seine Partei – hat in den vergangenen Jahrzehnten den diskursiven Versuch unternommen, nahezu jede Kritik an israelischer Politik als „antisemitisch" zu verunglimpfen und damit moralisch zu erledigen. In den deutschsprachigen Ländern und in Gesellschaften mit einem sehr begründeten Schuldbewusstsein konnte diese Manipulations-Strategie aufgehen, da sich niemand dem Verdacht aussetzen wollte, als Mensch mit moralisch verdammenswerten Meinungen, vulgo: als Antisemit, dazustehen.

Die Wirklichkeit wird der Ideologie untertan gemacht.

Susan Neiman, die jüdisch-deutsch-amerikanische Intellektuelle und Direktorin des Berliner Einstein-Zentrums hat unlängst in der *New York Review of Books* in einem großen Essay von einem „philosemitischen McCarthyismus" gesprochen, der derweil Züge von „Hysterie" angenommen habe. Das geht mittlerweile so weit, dass „nicht-jüdische Deutsche öffentlich jüdische Schriftsteller, Künstler und Aktivisten des Antisemitismus beschuldigen". Wie in der Meinungsdiktatur nach dem Senator Joseph McCarthy zur Anprangerung des „Antiamerikanismus" würden abweichende Ansichten zum Schweigen gebracht.

Ohne Zweifel gibt es mittlerweile bizarre Erscheinungen: Tagungen wurden untersagt, bei denen eine Vielzahl von Menschen mit den unterschiedlichsten Auffassungen hätten diskutieren sollen. In Kassel verlor ein indischer Kunstkritiker und Kurator seine Position, weil er vor

Jahren eine recht dumme Israel-Boykott-Petition unterzeichnet hatte, und das, obwohl er unmissverständlich den Terror, den die Hamas am 7. Oktober entfesselt hat, als „schreckliches Massaker“ verurteilte. Ein Berliner Theater hat ein humorvolles Stück („Die Situation“) der austro-israelischen Dramatikerin Yael Ronen über den Konflikt der Narrationen aus dem Programm genommen. Begründung: Jetzt, wo die Situation „uns an die Seite Israels“ stellt, habe das Stück der in Jerusalem geborenen Autorin keinen Platz mehr.

Israel ist zu einem Triggerpunkt in den Kulturkämpfen geworden, wie anderswo „Wokeness“ oder ähnliche Themen. „Zu einem ordentlichen Kulturkampf gehört es …, die Gegenseite auf jeden Fall missverstehen zu wollen“, schrieb der Kritiker Hanno Rautenberg unlängst über die deutschen Israel-Debatten: „Ein falsches Wort oder auch nur ein nicht gesagtes, schon droht die diskursive Exkommunizierung.“

Zweifelsohne gibt es auch Formen der Kritik an der konkreten israelischen Politik, bei denen antisemitische Motive mehr als nur mitschwingen, doch in den meisten Fällen kann hiervon nicht die Rede sein. Infolgedessen ist die deutsche öffentliche Meinung merkwürdigerweise um ein Vielfaches „pro-israelischer“ als die israelische öffentliche Meinung selbst. Es gibt in den Ordnungen des Diskurses in der deutschsprachigen Welt sicherlich eine Einseitigkeit, aber die gibt es in anderen Weltgegenden (sicherlich) ebenso, und zwar nicht nur in muslimischen oder arabischen Ländern wie der Türkei, dem Iran, Jordanien oder Indonesien.

In den USA, in Großbritannien und auch in anderen Gesellschaften wird in nicht unwesentlichen Teilen der Öffentlichkeit und der akademischen Linken eine eigene Einseitigkeit kultiviert. Der israelisch-palästinensische Konflikt wird in ein Schema von Kolonialismus, Rassismus, Vertreibung indigener Bevölkerungen und Imperialismuskritik gepresst, in das er nur schwer hineinpasst. Die Wirklichkeit wird der Ideologie untertan gemacht.

Bruchstücke des Realen werden willkürlich verwendet und in das Schema der eigenen Erinnerungspolitik gepresst.

Die postkoloniale akademische Linke hat verschiedene Theorien und Ideenschulen, von denen einzelne durchaus inspirierend sind und dem Denken einen produktiven, neuen Horizont eröffneten – aber sie hat diese zu manichäischen Wahnideen radikalisiert. Die Welt wird in Unterdrücker und Unterdrückte geteilt und in diesen simplen Weltbildern hat der als „Unterdrückter“ Identifizierte immer Recht. Da Unterdrücker nie die Erfahrungen

> der Unterdrückten nachvollziehen oder auch nur verstehen können, muss vor allem den Unterdrückten immer Recht gegeben werden. Von da ist es dann nur mehr ein kleiner Schritt zum letzten Klick: Die Palästinenser sind „schwarz“ (also „People of Color“, um exakt zu sein), die Juden sind weiß, und in Israel noch dazu Büttel des US-Imperialismus, also Unterdrücker. Auch wenn man nicht alles als richtig empfinden kann, was die Hamas tut, ist es ein authentischer Ausdruck des Widerstands der Unterdrückten gegen das System der Unterdrückung und damit auf höhere Weise „richtig“. Israel dagegen ist ein weißes „siedler-kolonialistisches“, imperiales Projekt. Da natürlich auch die Idee des freien Diskurses selbst eine bürgerliche Ideologie ist, die nur erfunden wurde, um die herrschende Macht zu stützen, soll man abweichende Ansichten delegitimieren oder zur Not niederschreien. Denn was „sagbar“ und „nicht-sagbar“ sein soll, ist einfach selbst ein Machteffekt. Und wenn man dafür sorgt, dass Ansichten, die die Unterdrückung stützen, nicht mehr gesagt werden, dann ist ein kleiner Schritt zur Befreiung schon gemacht. So wie in Deutschland jede Kritik an Israel als „antisemitisch“ bezeichnet und damit als moralisch verdammenswerte Haltung kompromittiert wird, so wird auf der anderen Seite die Verteidigung des Existenzrechts Israels als Ausdruck von „Rassismus“ niedergemacht.

Inmitten dieses Dogmatismus hat man den Eindruck, dass die ganze Welt verrückt geworden ist. Während Deutschland Israel bedingungslos unterstützt, da das als Imperativ der eigenen Schuld und des Ausrottungs-Antisemitismus angesehen wird, sind in den amerikanischen, britischen und anderen Diskursen ebenso die Imperative eigener Geschichtspolitik prägend: Rassismus, der Genozid an den indigenen Bevölkerungen, die Versklavung der Schwarzen, imperiale Ausbeutung. Bruchstücke des Realen werden willkürlich verwendet und in das Schema der eigenen Erinnerungspolitik gepresst, für die in diesem Fall der Begriff „Identitätspolitik“ wirklich passend ist.

Meistens hat das alles weniger mit realen Palästinensern und realen

Israelis zu tun als damit, wer und was man sein will – wie man die Welt und sich selbst in ihr sehen will. Man gibt sich als heldenhafter Kämpfer gegen Antisemitismus oder gegen Rassismus und Kolonialismus, während die äußeren Gegebenheiten der Realität allenfalls zum Bühnenbild für diese Selbstinszenierung werden, zu Requisiten in einem Theaterstück, dem die Realität angepasst werden muss.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe *und dem* IPG-Journal.



Robert Misik
Wien

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht.*